

Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Lüchow-Dannenberg

An die Landkreisverwaltung

Lüchow-Dannenberg

Resolution

Klimaschutz muss Pflichtaufgabe werden!

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg möge beschließen:

Der Kreistag fordert das Land Niedersachsen auf, festzuschreiben, dass Klimaschutzmaßnahmen auf kommunaler Ebene nicht mehr als freiwillige Aufgaben, sondern als Pflichtaufgaben zu bewerten sind und die hierfür erforderlichen gesetzlichen Regelungen zu schaffen.

Des Weiteren fordert der Kreistag - bis es zu einer grundsätzlichen, gesetzlichen Regelung für alle Kommunen gekommen ist - vom Land Niedersachsen, dass bei Kommunen, die mit dem Land einen Zukunftsvertrag zur Entschuldung geschlossen haben, Mittel für den Klimaschutz nicht mehr zu den gedeckelten, freiwilligen Aufgaben gezählt werden.

Begründung:

Das Pariser Klimaschutzabkommen ist keine Sache von Freiwilligkeit, sondern eine Verpflichtung, um unsere existenziellen Lebensgrundlagen zu erhalten. Es ist unstrittig, dass zur Einhaltung der Pariser Klimaziele, zu denen sich die Bundesrepublik verpflichtet hat, alle politischen Ebenen, vom Bund und den Bundesländern über die Landkreise bis hin zu den einzelnen Gemeinden, tätig werden müssen.

Das Land Niedersachsen hat immer wieder die zentrale Rolle der Kommunen für den Klimaschutz betont und hierfür eine Vielzahl von Querschnittsaufgaben und Maßnahmen definiert, die durch die Kommunen zu realisieren sind. Diese Maßnahmen und Investitionen müssen nun dringend als kommunale Pflichtaufgaben eingestuft werden, damit sie für die Kommunen finanzierbar sind. Die hierfür erforderlichen rechtlichen Grundlagen des Landes fehlen bisher.

Solange Klimaschutz nicht als Pflichtaufgabe gilt, ist den Entschuldungskommunen sogar der Weg über Klimaschutz-Förderprogramme versperrt. Durch die Deckelung der freiwilligen Aufgaben im Zukunftsvertrag bleibt ihnen die notwendige Gegenfinanzierung solcher Projekte durch Eigenmittel versagt. Klimaschutz darf aber nicht allein reichen. Kommunen vorbehalten bleiben. Das Land muss hier endlich gesetzlich tätig werden.

Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen sind Investitionen in die Zukunft. Wie der ehemalige Chef-Ökonom der Weltbank Nicholas Stern schon 2006 berechnete, würden die volkswirtschaftlichen Schäden um das Vielfache über den notwendigen Klimaschutz-Investitionen liegen.

Julie Wiehler
(Fraktionsvorsitzende)